



Nidda



Christine Jäger
SPD-Fraktion Nidda
Borsdorfer Weg 17b
63667 Nidda

Gerhard Winter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverordneten-Fraktion Nidda
Im Paradies 1
63667 Nidda/Kohden

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Stefan Knoche
Wilhelm-Eckhardt-Platz
63667 Nidda

Nidda, den 24.07.2011

Betr.: Klimaschutzklärung / Antrag zur Stadtverordnetenversammlung am 9.August 2011

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Knoche,

wir möchten Sie bitten den nachfolgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9.August 2011 zu setzen.

Die Stadt Nidda ist sich ihrer Rolle im globalen Umfeld und ihrer Verantwortung im Klimaschutz bewusst und verpflichtet sich intensiv gezielte Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Reduzierung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase in der Kommune bis 2020 um 40% und bis 2050 um mindestens 95% im Vergleich der Emissionen von 1990 führen.

Gleichzeitig soll mit konsequenten Maßnahmen das Ziel umgesetzt werden, den Endenergiebedarf der Kommune bis 2050 um 50% zu senken.

Zur Begründung:

Der Klimawandel ist Realität. Der anthropogene Einfluss seit Beginn der industriellen Revolution durch die verstärkte Emission von klimaschädlichen Treibhausgasen gilt erwiesenermaßen als maßgeblicher Faktor. Der Wandel vollzieht sich mit unbekannter Geschwindigkeit und führt zu gravierenden Veränderungen, die die Anpassungsfähigkeit von Mensch und Umwelt übersteigen. Der Weltklimarat schlägt vor einen Anstieg der globalen Mitteltemperatur um 2° Celsius als maximal tolerierbare Erwärmung zum Erhalt einer lebenswerten Biosphäre zu betrachten. Markante Häufungen von Starkwetterereignissen wie lange Trockenheiten, Starkwinden und Überschwemmungen im letzten Jahrzehnt, gerade auch in unserer Region, können heute schon als Vorboten des Klimawandels betrachtet werden.

Alle Bestrebungen und Initiativen für den Klimaschutz leben von ihrer realen Umsetzung. In der Kommune muss umgesetzt werden, was in den UN-Klimakonferenzen, der Bundesregierung, oder in der Landesregierung beschlossen wird. Wir wollen die Ziele der Nationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung zur Anwendung bringen und orientieren uns an den Richtwerten für engagierte Kommunen, wie sie in der Novellierung der Kommunalrichtlinie von 2010 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorgeschlagen werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Christine Jäger
Fraktionsvorsitzende

Gerhard Winter
Fraktionsvorsitzender